

Die US-Militärzeitung STARS AND STRIPES fragt, warum die US-Regierung immer noch das diktatorische Regime in Bahrain unterstützt, in anderen arabischen Staaten aber demokratische Veränderungen fordert.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 048/12 – 22.02.12

In ihrem Stützpunkt Bahrain muss die 5. US-Flotte mit einem Dilemma leben – mit der Niederschlagung von Protesten

Von Geoff Ziezulewicz

THE STARS AND STRIPES, 12.02.12

(<http://www.stripes.com/with-bahrain-home-to-5th-fleet-us-faces-dilemma-over-crackdown-on-protests-1.168370>)

(Unter dem Link ist auch ein Video aufzurufen.)

JUFFAIR, Bahrain – Erst waren nur die Sprechchöre zu hören: Schrille jugendliche Stimmen voller Wut, Angst und kollektivem Mut forderten Demokratie von einem Regime, das sich weigert, auch nur einen Millimeter nachzugeben.

Dann bog an einem warmen Abend eine Woche vor Weihnachten ein Zug armer schiitischer Jugendlicher in Sandalen, Fußballtrikots und mit teilweise verhüllten Gesichtern um die Ecke und näherte sich dem befestigten Polizeiposten.

Ladenbesitzer ließen die Metallgitter vor ihren Läden herunter und zogen sich ins Innere ihrer Häuser zurück.

Die Polizei forderte die Protestierenden, die nur Fahnen des Königreichs Bahrain mit sich führten, über Lautsprecher auf, ihre Demonstration aufzulösen.

Dann knallte es, und Tränengasgranaten flogen durch die hereinbrechende Dunkelheit; die Polizei griff wieder einmal hart durch.



Foto: Geoff Ziezulewicz, S & S

Die Protestierenden kreischten und zerstreuten sich.

Es war eine Szene, die sich seit Monaten fast jeden Abend wiederholt, weil die Schlacht um Bahrain andauert. Junge schiitische Männer, die von den Aufständen des Arabischen Frühlings in anderen Ländern des Nahen Ostens inspiriert sind, fordern den Rücktritt der von der Herrscherfamilie Al Chalifa gestellten sunnitischen Regierung, die Wahl eines Parlaments und eine neue demokratische Verfassung. Die Sicherheitskräfte des Regimes antworten mit Gewalt und versuchen die Protestierenden zum Schweigen zu bringen.

Aber anders als bei den sonstigen Brennpunkten des Arabischen Frühlings spielen sich die Unruhen in Bahrain nur einige hundert Meter von den Toren der Naval Support Activity Bahrain (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Naval_Support_Activity_Bahrain) entfernt ab – also ganz in der Nähe des Heimathafens der 5. Flotte der U.S. Navy, der etwa 6.200 Matrosen, US-Zivilbeschäftigte und Familienmitglieder beherbergt.

Aus Gründen der Realpolitik und weil die strategischen Interessen der USA im Per-

sischen Golf gewahrt werden müssen, stehen die US-Politiker nicht auf der Seite der Demonstranten; sie unterstützen ein undemokratisches Regime, das seine Bürger total unterdrückt.

"Wenn es um Bahrain geht, besteht ein Widerspruch zwischen der US-Rhetorik über die Vorzüge der Demokratie und den regionalen Interessen der USA," bestätigte Emile Hokayem (s. <http://htsummit.hindustantimes.com/speakers/emile-hokayem.php>), ein führender Experte für regionale Sicherheit im Büro des International Institute for Strategic Studies (s. http://de.wikipedia.org/wiki/International_Institute_for_Strategic_Studies) in Bahrain.

Dieses winzige Inselreich mit 1,2 Millionen Einwohnern ist seit Jahrzehnten ein unersetzlicher Verbündeter der USA in dieser Region; es beherbergt einen Stützpunkt der US-Navy, der einen wichtigen Gegenpol zum Einfluss des Irans im ölfreieen Persischen Golf bildet.

Deshalb hat sich die US-Politik bisher aus dem Konflikt herausgehalten und in sehr gemäßigten öffentlichen Verlautbarungen nur Reformen und einen Dialog (mit den Protestierenden) gefordert.

"Unsere beiden Staaten haben viele gemeinsame strategische Interessen und arbeiten seit Jahrzehnten zur Erhaltung der regionalen Sicherheit zusammen," sagte Außenministerin Hillary Rodham Clinton im November 2011. "In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Bürger Bahrains ihre in dem Bericht (einer Untersuchungskommission) angesprochenen Probleme selbst lösen und einen Weg finden, der Reformen, Versöhnung und Stabilität ermöglicht."

Die zurückhaltende US-Erklärung hat Menschenrechtsaktivisten in Bahrain enttäuscht.

"Wir werden dem Bündnis (unserer Regierung) mit den USA geopfert," sagte Nabeel Rajab (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Nabeel_Rajab), der Direktor des Bahrain Center for Human Rights, der nach eigenen Angaben regelmäßig von der Polizei schikaniert wird. "Wir leben leider in einem ölfreieen Staat, mit dem es niemand verderben möchte."

Der Pearl-Kreisel, das symbolische Herz der Proteste in Bahrain, wurde nach den großen Demonstrationen im Februar und März letzten Jahres von der Regierung beseitigt. Im Sommer war der Protest etwas zurückgegangen, in den letzten Monaten ist er aber wieder aufgeflammt.

(Weitere Infos über die Unruhen in Bahrain Anfang des Jahres 2011 sind aufzurufen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP03411_220211.pdf , http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP03911_010311.pdf , http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP04011_020311.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP05411_250311.pdf .)

Nach einer Meldung der Associated Press wurden bei der traditionellen Luftschau im Januar, an der auch US-Kampffjets teilnahmen, Reifen angezündet, die Rauchsäulen in den Himmel über Bahrain schickten.

Schon die kleinsten Demonstrationen werden von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen im Keim erstickt.

Nach Angaben von Menschenrechtsaktivisten wurden seit Beginn der Proteste am 14. Februar 2011 mindestens 60 Menschen getötet. Noch sehr viel mehr wurden verletzt, eingesperrt oder entlassen.

"Ich glaube nicht, dass sich die Lage in Bahrain in absehbarer Zeit bessern wird," äußerte Andrew Exum, ein führender Mitarbeiter des in Washington D.C. angesiedelten Think-Tanks Center for a New American Security (s. <http://www.cnas.org/>). "Wenn sie sich 2012 weiter verschlechtert und noch stärker von Gewalt geprägt ist, werden wir unsere Präsenz in Bahrain und unsere politische Einstellung zu Bahrain überdenken müssen."

Die USA unterstützen weiterhin das Königshaus

Während die Unterdrückung der Proteste weitergeht, verhandelt das Weiße Haus mit der Regierung von Bahrain über den Ankauf von US-Waffen für 53 Millionen Dollar. Seit dem Jahr 2000 haben die USA nach Angaben des US-Außenministeriums dem Herrscherhaus bereits militärische Ausrüstung für insgesamt 1,4 Milliarden Dollar verkauft.

James McGovern, ein demokratischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses aus Massachusetts, und der demokratische Senator Ron Wyden aus Oregon haben im letzten Jahr den Antrag gestellt, den jüngsten Waffenverkauf zu stoppen.

"Unser Staat sollte keine Waffengeschäfte mehr mit einem Regime machen, das auf friedliche Demonstranten schießen lässt und Bürger, die eine abweichende politische Meinung äußern, einfach einsperrt," sagte Wyden im Dezember auf einem Forum in Bahrain.

Damit werde er in den USA wenig bewirken, denn die eigentliche Vertretung der US-Regierung in Bahrain sei das U.S. CENTCOM (das für den Mittleren Osten zuständige Regionalkommando der US-Streitkräfte, weitere Infos dazu unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf), erklärte Hokayem (vom International Institute for Strategic Studies). Wenn ein Vier-Sterne-General nach Bahrain komme, erregt er viel Aufmerksamkeit und könne jedes Regierungsmitglied treffen. Das sei nicht so, wenn ein führender Vertreter des US-Außenministeriums vorspreche, meinte Hokayem.

"Das Ausmaß der US-Militärpräsenz in dieser Region erweckt den Eindruck, die Golfpolitik der USA werde überwiegend vom Pentagon gemacht," erläuterte er. "Hofiert wird nicht das US-Außenministerium, sondern der Chef des CENTCOM."

Deshalb gingen Herrscherkassen wie die Al-Chalifa-Familie in Bahrain davon aus, dass Menschenrechtsverletzung übersehen würden, so lange man sich in Verteidigungsangelegenheiten einig sei.

Zusammenstöße zwischen der (sunnitischen) Monarchie und der entrechteten schiitischen Bevölkerung gab es auch schon vorher. Heute scheinen sich beide Seiten aber auf einen langen Kampf einzustellen.

Die Al-Chalifa-Familie beherrscht die Insel seit dem 18. Jahrhundert; sie hat immer wieder demokratische Reformen versprochen, die aber nie realisiert wurden, weil sich die Herrscherkaste durch jede Veränderung in ihrer Existenz bedroht sieht.

Die schiitische Mehrheit in Bahrain stellt die gleichen Forderungen wie die Protes-

tierenden in anderen arabischen Ländern: Sie will eine Regierung, die den Willen des Volkes respektiert, und eine Gesellschaft, in der niemand diskriminiert und von bestimmten Jobs oder öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wird.

Die Regierung gehe das Risiko ein, noch in diesem Jahr viel mehr zu verlieren, wenn die Herrscherfamilie weiterhin vernünftige Reformen verweigere, glaubt ein Professor der Universität Bahrain, der nicht genannt werden will, weil er Repressalien der Regierung fürchtet.

Bahrain ist zu einem geschätzten Finanzplatz des Westen am Golf geworden. Der Professor meint, dass die Al-Chalifa-Familie Bahrains Ruf, ein Land zu sein, in dem sich gute Geschäfte machen lassen, aufs Spiel setzt, wenn die Zusammenstöße weitergehen und die Gewalt nicht aufhört.

Berichte über brutale Gewalt

Ein 500-seitiger Bericht, den der König auf Drängen der USA von einer unabhängigen Bahrainer Untersuchungskommission erstellen und im November letzten Jahres veröffentlichen ließ, wirft Licht auf die schlimmen Vorkommnisse, die sich 2011 auf den Straßen abspielten.

Der Bericht dokumentiert die systematische Brutalität, mit der die Regierung die Proteste im Februar und März niederschlagen ließ, und beklagt "die Wiedereinführung der Straffreiheit für Folter und andere Misshandlungen, die von Strafverfolgungsbehörden begangen werden"; das war zuletzt bei ähnlichen Unruhen in den 1990er Jahren geschehen.

Besonders erschütternd ist die in dem Bericht geschilderte Ermordung des Isa Abdulhasan Ali Hussain, die am 17. Februar geschah, als die Polizei gegen auf der Straße protestierende vorging.

Ein Polizist richtete eine Pistole auf Hussains Kopf, und ein Zeuge "hörte einen lauten Schuss und sah den Kopf des Mannes explodieren".

"Ein anderer Zeuge berichtete, die Polizei habe den Sanitätern eines in der Nähe befindlichen Krankenwagens nicht erlaubt, ihm zu helfen," heißt es in dem Bericht. "Den Verwandten des Ermordeten wurde nicht gestattet, ihn in der Leichenhalle zu sehen, weil seine Verletzung zu verheerend war."

In einer Stellungnahme, die am 16. Dezember auf einer Website der Regierung Bahrains veröffentlicht wurde, lobte König Hamad Isa al Chalifa den Bericht wegen seiner "objektiven und konstruktiven Kritik".

"Wir betonen unsere Bereitschaft, jedem Bürger Bahrains die Hand zu reichen, der sich loyal gegenüber unserem geliebten Land verhält und seine Gesetze und seine Ordnung achtet," heißt es in der Erklärung. **"Wir würdigen auch die Rolle, die unsere Sicherheitskräfte bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Integrität unseres Staates und bei der Abwehr aller Bedrohungen und Gefahren gespielt haben."**

Frau Clinton lobte die Al-Chalifa-Monarchie dafür, dass sie den Bericht erstellen ließ, und für das Versprechen, eine weitere Kommission zur Vorbereitung von Reformen einzusetzen.

Aktivisten fordern, die USA sollten stärkeren Druck auf die Regierung Bahrains ausüben, um Veränderungen durchzusetzen; das ist aber nicht so einfach, wie die Anker zu lichten und Bahrain einfach zu verlassen.

"Es ist wichtig, daran zu denken, dass wir eine langjährige Beziehung zu Bahrain haben," teilte Leutnant Rebecca Rebarich, die Sprecherin der 5. US-Flotte, in einer E-Mail mit. **"Bahrain ist ein wichtiger Partner in dieser Region und ein geschätztes Mitglied unserer vereinigten Seestreitkräfte."**

Exum (vom Center for a New American Security) meinte, wenn die US-Navy in einen anderen Hafen am Golf umzöge, würde das ein sehr teures und langwieriges logistisches Unternehmen, und die USA verlören den Einfluss, den sie jetzt noch auf das Al-Chalifa-Regime haben.

"Auch wenn die USA abzögen, bliebe Bahrain abhängig von Saudi-Arabien, das ein noch härteres Vorgehen gegen die Protestierenden fordert; würde das die Situation der schiitischen schiitischen Bevölkerung Bahrains verbessern?" fragte Exum.

Menschenrechtsaktivisten und Protestierende betrachteten die US-Navy aber zunehmend als Stützpfiler des Regimes, gab Rajab (der Direktor des Bahrain Center for Human Rights) zu bedenken.

"Die USA haben bisher nichts (zum Schutz der Demonstranten) getan, sie haben nur immer das Regime unterstützt," fügte Rajab hinzu.

"Sie haben die meiste Macht in unserem Land und könnten mehr Einfluss nehmen, als die Vereinten Nationen; sie spielen aber nur eine negative Rolle."

Wann beginnen sich die Demonstranten zu wehren?

Am 23. Dezember hatten Protestierende in der Hauptstadt Manama in der Nähe des Strandes ein Sit-in geplant, die Polizei sperrte aber schon Stunden vorher alle Zugänge.

Trotzdem versammelten sich gegen 15 Uhr die Menschen vor dem Büro der Al Wefaq (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Al_Wefaq_National_Islamic_Society), der wichtigsten Oppositionspartei.

Auf der gegenüberliegenden Straßenseite parkte ein Kastenwagen der Polizei. Vertreter der Opposition erklärten, der stehe zur Überwachung immer da, obwohl die Partei auch nach den Gesetzen Bahrains völlig legal sei.

Als sich immer mehr Demonstranten versammelten, erschienen bewaffnete Polizisten und trieben die Menge mit Tränengasgranaten auseinander.

Schreiend, mit tränenden Augen und nach Luft ringend, versuchten sich die Protestierenden in dem Parteibüro in Sicherheit zu bringen.

Daraufhin feuerte die Polizei mit Tränengasgranaten und Gummigeschossen auch auf das Gebäude.

In seinem Innern drängten sich Männer, Frauen und Kinder, die versuchten, die Wirkung des Tränengases etwas zu lindern, indem an roten Zwiebeln rochen. Andere erbrachen sich, erlitten Schwächeanfälle und mussten im Badezimmer versorgt werden.

"Jeder friedliche Protest wird mit Gewalt unterbunden," sagte Rajab, während sein Fahrer versuchte, sich einen Weg durch die Tränengasschwaden und wild hupenden Autos zu bahnen.

"Wie lange wir es noch schaffen, die Proteste friedlich zu halten, weiß ich nicht."

(Wir haben den erstaunlich kritischen Artikel aus der US-Militärzeitung komplett übersetzt und mir Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Eine derart ungeschminkte Darstellung des heuchlerischen Verhaltens der US-Regierung in Bahrain sucht man in unseren Medien vergebens. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STARS AND STRIPES[®]

With Bahrain home to 5th Fleet, US faces dilemma over crack-down on protests

By Geoff Ziezulewicz

Published: February 12, 2012

JUFFAIR, Bahrain - First came the chants: Frenzied teenage voices full of fury, fear and collective courage, demanding democracy from a regime reluctant to give an inch.

Soon, on a warm night a week before Christmas, the mass of poor Shia teenagers in sandals, masks and soccer jerseys turned a corner and approached the fortified police station.

Shopkeepers lowered the metal gates on their stores, retreating inside.

A police bullhorn warned the protesters, armed with nothing but Bahraini flags, to disperse.

Then, pop pop pop — canisters of tear gas arced through the night sky, heralding the beginning of another police crackdown.

The protesters screamed and scattered.

It was a scene that has repeated itself nearly every night for months now, as the battle for Bahrain simmers on. Young Shia men, inspired by the Arab Spring uprisings across the Middle East, demand the resignation of the Sunni government led by the ruling al-Khalifa family, as well as parliamentary elections and a new democratic constitution. The regime's security services reply with force, determined to silence them.

But unlike the other Arab Spring flashpoints, Bahrain's unrest unfolds a few hundred yards from the gates of the Naval Support Activity Bahrain, home to the U.S. Navy's 5th Fleet, with some 6,200 sailors, civilians and family members.

Yet thanks to realpolitik and the imperative to safeguard American strategic interests in the Arabian Gulf, U.S. policymakers find themselves on the opposite side of the protesters, backing an undemocratic regime that continues to brutalize its citizens.

"There is a tension between the U.S. rhetoric and preference for democratic systems and regional requirements when it comes to Bahrain," said Emile Hokayem, senior fellow for

regional security at the Bahrain offices of the International Institute for Strategic Studies.

This tiny island of 1.2 million people has served as a crucial American ally in the region for decades, providing the U.S. military a base for naval forces that are a vital counterweight to Iranian influence in the oil-rich Gulf.

As a result, U.S. officials have tried to keep the unrest at arm's length, gently counseling reform and dialogue in their public pronouncements.

"Our countries have many shared strategic interests and a relationship that includes decades of working together to defend regional security," Secretary of State Hillary Rodham Clinton said last November. "In this context, it is essential for Bahrainis themselves to resolve the issues identified in the report and move forward in a way that promotes reform, reconciliation and stability."

The noncommittal U.S. stance has disappointed human rights activists in Bahrain.

"We are victims of being a United States ally," said Nabeel Rajab, director of the Bahrain Center for Human Rights who said he has been a regular victim of police abuse. "We are victims of being in an oil-rich country that many people don't want to upset and anger."

The Pearl Roundabout, the symbolic heart of Bahrain's protests, was torn down by the government after the largest demonstrations were quashed in February and March last year. Unrest ebbed over the summer but has picked up again in recent months.

Last month, protesters burned tires and sent pillars of smoke into Bahrain's skies during the country's annual air show, which included U.S. jets, according to an Associated Press report.

Even the smallest protests are met with police tear gas and rubber bullets.

At least 60 people have died in the protests since they began on Feb. 14, 2011, human rights activists say. Many more have been injured, imprisoned or lost their jobs.

"I have a tough time seeing the situation in Bahrain getting any better," said Andrew Exum, a senior fellow with the Center for a New American Security think tank in Washington, D.C. "If it worsens and gets more violent in 2012, I think it's going to force a rethink of our posture in Bahrain and our policy toward Bahrain."

U.S. support persists

While the crackdown on protesters continues here, the White House is pushing a \$53 million weapons sale to the Bahrain government. The U.S. has sold the monarchy \$1.4 billion in military gear since 2000, according to the State Department.

U.S. Rep. James McGovern, D-Mass., and Sen. Ron Wyden, D-Ore., introduced legislation last year to block the latest arms sale.

"Our country should not be rewarding a regime that fires on peacefully assembled protesters, and one that indiscriminately imprisons its citizens simply for voicing a political viewpoint," Wyden said at a Bahrain forum in December.

Such pressure might have limited impact here, however, because U.S. Central Command

is the dominant arm of the U.S. government in the region, Hokayem said. When a four-star general comes to Bahrain, he carries real clout and will meet with everyone in the top tier of the government. That is not so when a senior State Department official arrives, Hokayem said.

“Fundamentally, the size and visibility of the U.S. military presence in the region suggests that the U.S. Gulf policy is Pentagon-heavy,” he said. “It’s not the State Department that is flush with resources. It’s the CENTCOM commander.”

As a result, leaders like the al-Khalifa family in Bahrain believe that as long as defense-related concerns are squared away, human rights violations can be overlooked, he said.

Clashes between the monarchy and the disenfranchised Shia majority have flared before. But today, both sides appear to be dug in for a long fight.

The al-Khalifa family, rulers of the island since the 18th century, have promised democratic reforms but have been reluctant to follow through, viewing any change as a threat to their existence.

Bahrain’s Shia majority have demands similar to protesters across the region: a government that reflects the will of the people and ends a discriminatory society where they are excluded from certain jobs and government assistance.

The government stands to lose a lot more this year if the ruling family continues to block meaningful reform, according to a professor at the University of Bahrain who asked not to be named, fearing government reprisal.

Bahrain has become a hub for Western finance in the Gulf. The way the professor sees it, the al-Khalifa family risks losing Bahrain’s reputation as an open place to do business if clashes continue and violence increases.

Reports of brutality

A 500-page report commissioned by the king after U.S. prodding and released in November by the Bahrain Independent Commission of Inquiry sheds light on how bad things were on the streets in 2011.

The report faults the government for systemic brutality in putting down the protests in February and March, which marked a return to the “pattern of impunity for torture and other mistreatment by law enforcement personnel” last seen when similar unrest engulfed the country in the 1990s.

In one chilling example cited in the report, Isa Abdulhasan Ali Hussain was in the streets Feb. 17 as protesters clashed with police.

A policeman pointed a gun at Hussain’s head, and a witness “heard a loud shot and saw the man’s head explode.”

“Another witness reported that the police did not allow a nearby ambulance to assist him,” the report states. “The relatives of the deceased were not permitted to see him in the morgue, as the injury was too extensive.”

In a statement posted Dec. 16 to a Bahraini government website, King Hamad bin Isa al-Khalifa praised the report and its “objective and constructive criticism.”

“We emphasize that we extend our hand to every Bahraini loyal to this beloved country and acting within the rule of law and order,” the statement reads. “We also praise the role of the national security forces in maintaining the safety and integrity of the country against all threats and risks.”

Clinton praised the al-Khalifa monarchy for commissioning the report and for promising to create a follow-up committee to implement reform.

While activists say the U.S. could do more to pressure the government to change, it's not as simple as pulling up anchor and leaving Bahrain.

“It is important to note that we have a long-standing relationship with Bahrain,” 5th Fleet spokeswoman Lt. Rebecca Rebarich said in an email. “They are an important partner in the region and a valued member of the Combined Maritime Forces.”

If the Navy relocated elsewhere in the Gulf, it would be an expensive and massive logistical undertaking, according to Exum, and the U.S. would forfeit any existing leverage it has over the al-Khalifa regime.

“If the U.S. does leave and yet Bahrain is still supported by Saudi Arabia and the Saudis are still in favor of a crackdown, does that make the situation for the Shia Bahraini any better?” Exum said.

Human rights activists and protesters increasingly regard the U.S. Navy as a pillar of support for the regime, according to Rajab.

“The U.S. has not been doing anything so far, except for supporting the regime here,” Rajab said.

“They are the main player in our country. They could influence more inside the country than the United Nations, but they are playing a negative role.”

Fighting back?

Protesters planned a sit-in Dec. 23 near the water in the capital of Manama, but police blocked all access points hours before it was to begin.

Still, as 3 p.m. neared, people started to gather around the headquarters of al-Wefaq, the main opposition party.

A police truck was parked across the street. Opposition officials say it is always there, watching, even though the party is supposed to be legal under Bahraini law.

As protesters coalesced, armed police appeared and fired volleys of tear gas canisters their way.

Screaming, bleary-eyed, gagging protesters fled back into the safety of the headquarters.

Police bombarded the building with more tear gas and rubber bullets.

Men, women and children sat inside trying to alleviate the noxious effects of the gas, some breathing in red onions to stave off the tears. Others vomited, collapsed and had to be helped to the bathroom.

“Every peaceful protest is met with violence like this,” Rajab said during the protest, as his driver maneuvered through the tear-gassed traffic, horns blaring furiously all around.

“For how long we are able to hold people to be peaceful, I don’t know.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern